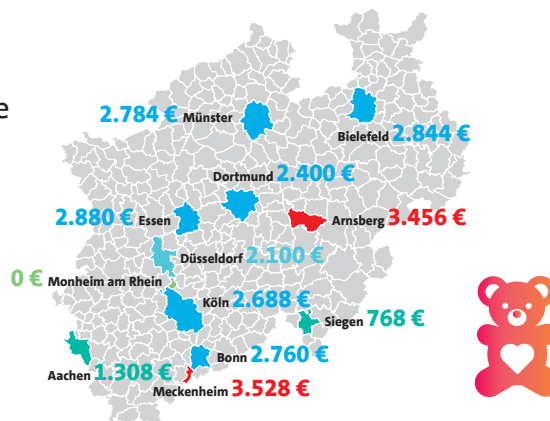


Nordrhein-Westfalen fehlt eine kluge Familien- und Bildungspolitik, die Chancengleichheit für alle Kinder ermöglicht. Noch immer entscheiden Herkunft, Familieneinkommen und körperliche Handicaps maßgeblich darüber, ob ein Kind seine Talente voll entwickeln und diese für sein weiteres Leben, zum Beispiel bei der Berufswahl, nutzen kann. Nicht jedes Kind soll gleich werden, sondern alles werden können, was in ihm steckt.

Die Kita-Gebühren in NRW gleichen einem Flickenteppich: Wenn Eltern mit einem Jahresbruttoeinkommen von 43.050 Euro ihr 18 Monate altes Kind 45 Stunden die Woche in Meckenheim betreuen lassen möchten, zahlen sie 3.528 Euro pro Jahr. Würden sie in Monheim wohnen, wäre die Betreuung hingegen kostenlos.¹

In den Kitas fehlen Fachkräfte: Rund 40 Prozent der Kita-Leiter*innen in NRW haben einer Umfrage zufolge in den vergangenen zwölf Monaten in mehr als 20 Prozent der Zeit mit zu wenig Personal gearbeitet – und konnten damit zum Beispiel Vorgaben zur Aufsichtspflicht nicht erfüllen. Die Bertelsmann-Stiftung geht von rund 10.000 Fachkräften aus, die bis 2030 zusätzlich benötigt werden.²



Platzbedarf in der Offenen Ganztagschule: Von 680.000 Grundschüler*innen besuchen zurzeit etwa 350.000 die OGS – Tendenz steigend. Denn mit dem Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2026 werden bis zum Sommer 2029 voraussichtlich bis zu 200.000 zusätzliche Plätze benötigt.³

Wohnortabhängige Gebühren: Bis zu 209 Euro kann ein OGS-Platz monatlich kosten – Mittagessen und Ferienangebote nicht inklusive. Die Höhe hängt von der jeweiligen Kommune ab – auch hier: ein Flickenteppich der Bildungskosten.⁴

NRW hat die niedrigsten Bildungsausgaben je Grundschüler*in: Mit 6.100 Euro liegen sie 1.000 Euro unter dem Bundesdurchschnitt.⁵



Zu wenige Lehrkräfte: 4.000 Lehrer*innenstellen sind im Bereich Schule nicht besetzt. Bis zum Jahr 2025 werden mindestens 26.300 Absolvent*innen alleine für das Grundschullehreramt fehlen. Die Folgen: größere Klassen, Unterrichtsausfall und mehr Arbeit für vorhandene Lehrkräfte.⁶

Neben den Grundschulen sind Berufskollegs besonders betroffen: Der Einstellungsbedarf bei allen MINT-Fächern wird bis 2030 nur zu rund 33 Prozent gedeckt werden können.⁷

¹[Quelle: Recherche der TU Dortmund, Juni 2021], ²[Quelle: Verband Bildung und Erziehung (DKLK-Studie)], ³[Quelle: Schulministerium, Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut e. V./Technische Universität Dortmund], ⁴[Quelle: Antwort auf Große Anfrage 37, Drucksache 17/15137], ⁵[Quelle: INSM-Bildungsmonitor 2021], ⁶[Quellen: Ministerium für Schule und Bildung, BertelsmannStiftung], ⁷[Quelle: Deutsche Telekom Stiftung]

Wir werden:

Kommunale Bildungslotsinnen und Bildungslotsen einsetzen, um Kinder zu begleiten und individuelle Fördermaßnahmen zu bündeln.



Grundschulen zu Familienzentren ausbauen, um möglichst viele Förder- und Unterstützungsangebote an einem Ort zu vereinen – vor allem in Stadtteilen, die besonders von Bildungs- und Einkommensarmut betroffen sind.



Mit der Gebührenfreiheit für Kitas und Offene Ganztagschulen sowie der grundsätzlichen Lernmittelfreiheit – vom Zirkel bis zum Tablet – Familien finanziell entlasten.



Im Rahmen einer Ganztagsoffensive einheitliche Standards für Qualität, Räume und Personal festsetzen.



Gemeinsam mit einer Expertenkommission die Schule des 21. Jahrhunderts schaffen – mit neuen Bildungsinhalten und modernen Unterrichtsformen.



1.000 Schulen in herausfordernden Lagen personell und finanziell besser ausstatten, um die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Elternhaus zu erhöhen.



Mehr Studien- und Ausbildungsplätze im Bildungsbereich schaffen und mit gezielten Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten den Beschäftigten Aufstiegschancen in allen Bildungsberufen ermöglichen.



Verbindliche Tarifverträge für alle Bildungsberufe sicherstellen, die Ausbildung für Beschäftigte in der frühkindlichen Bildung vergüten und die Besoldung für alle Lehrkräfte unabhängig von der Schulform auf A13 anpassen.



Familienarbeitszeitmodelle einführen, mit denen Eltern von Kindern unter zehn Jahren ihre Arbeitszeit bei staatlichem Lohnausgleich um 20 Prozent reduzieren können, um mehr Zeit für Familie zu haben.